

BLD / Postulat Bollhalder-St.Gallen / Noger-St.Gallen / Richle-St.Gallen (67 Mitunterzeichnende)  
vom 21. Februar 2012

## **Wiedereinführung der Architekturausbildung an der Fachhochschule Ostschweiz (FHO)**

Antrag der Regierung vom 8. Mai 2012

### Gutheissung

mit folgendem geänderten Wortlaut: «Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat einen Bericht zu unterbreiten, wie die Architekturausbildung unter Einbezug des Gesamtangebots und aller Kompetenzen der Fachhochschule Ostschweiz (FHO) an einer oder mehreren Teilschulen der FHO (wieder) eingeführt werden könnte.»

### *Begründung:*

Die Fachhochschule Ostschweiz (FHO) ist ein strategischer und organisatorischer Verbund von vier Hochschulen im Sinn des eidgenössischen Fachhochschulgesetzes (Bundesgesetz über die Fachhochschulen [Fachhochschulgesetz, FHSG] vom 6. Oktober 1995; SR 414.71). Rechtlich basiert sie auf einer Verwaltungsvereinbarung vom 20. September 1999, welche zwischen den Kantonen Zürich, Schwyz, Glarus, Schaffhausen, Appenzell-Innerrhoden, Appenzell-Ausserrhoden, St.Gallen, Graubünden und Thurgau abgeschlossen wurde. Das Fürstentum Liechtenstein ist ebenfalls Mitglied der FHO.

Die FHO besteht aus folgenden vier Hochschulen:

- FHS St.Gallen, Hochschule für Angewandte Wissenschaften (Trägerkantone St.Gallen, Thurgau, Appenzell-Ausserrhoden und Appenzell-Innerrhoden);
- HSR Hochschule für Technik Rapperswil (Trägerkantone St.Gallen, Schwyz und Glarus);
- NTB Hochschule für Technik Buchs (Träger St.Gallen und Graubünden sowie Fürstentum Liechtenstein);
- Hochschule für Technik und Wirtschaft HTW Chur (Trägerkanton Graubünden).

Alle vier Hochschulen verfügen über rechtliche Selbstständigkeit auf der Basis von Staatsverträgen bzw. eines kantonalen Gesetzes sowie über eigenständige Führungsstrukturen mit jeweils eigenen Hochschulräten und Rektoraten.

Diese vier Hochschulen sind darüber hinaus Mitglied der Internationalen Bodensee-Hochschule (IBH). Die IBH wurde im Jahr 2000 als Netzwerk der Hochschulen im Bodenseeraum gegründet, um Synergien zu nutzen. Die derzeit 29 in diesem Verbund beteiligten Hochschulen in Deutschland, Österreich, dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweiz realisieren verschiedene grenzüberschreitende Kooperationsprojekte.

Bis vor einigen Jahren konnte an der FHS St.Gallen bzw. ihren Vorgängerinstitutionen das Studienfach Architektur studiert werden. Im Jahr 1997 führte die damalige Ingenieurschule St.Gallen (isg) die seit den 70er-Jahren angebotenen Studiengänge Architektur und Bau zusammen. Der so entstandene Diplomstudiengang Ingenieur-Architektur war auf die Bedürfnisse der hiesigen Baubranche ausgerichtet. Obschon es sich beim Studiengang Ingenieur-Architektur um ein erwiesenermassen praxistaugliches Studienprofil handelte, war die auf Bestandesbau spezialisierte Architekturausbildung damals ein Nischenprodukt. Anfang des letzten Jahrzehnts wurden auf

Veranlassung der Eidgenössischen Fachhochschulkommission (EFHK) sämtliche Studiengänge der schweizerischen Fachhochschulen mittels so genannter Peer Reviews überprüft. Diese Überprüfungen ergaben eine gewisse Notwendigkeit zur Weiterentwicklung des Studiengangs. Als die Studierendenzahlen zunehmend ein unterkritisches Mass annahmen, beschloss der zuständige Hochschulrat, den Studiengang im Herbst 2003 ein letztes Mal anzubieten. Die letzten Studierenden wurden im Jahr 2007 diplomiert.

Aktuell deuten verschiedene Indizien auf einen Fachkräftemangel hin, insbesondere bei den Architekten. Gemäss dem Bericht des Bundesrates zum Mangel an Fachkräften aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (abgekürzt MINT) in der Schweiz standen im Jahr 2009 für 991 offene Architektenstellen 207 stellensuchende Architektinnen und Architekten bereit. Das ergibt eine Fachkräftelücke von 784 Architektinnen und Architekten (80 Prozent). Im gesamten MINT-Bereich Bauwesen konnten im Jahr 2009 zehn Prozent aller Fachkräftestellen nicht besetzt werden. Demgegenüber betrug die Arbeitslosenquote in diesem Bereich lediglich 0,9 Prozent. Da die Bauwirtschaft von der Rezession weitgehend verschont blieb, war der entsprechende Fachkräftemangel im Jahr 2009 im Vergleich zu anderen Branchen weiterhin hoch.

Derzeit beschränken sich die Studienmöglichkeiten für Lehrabgänger mit Berufsmaturität der Region Ostschweiz auf die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) in Winterthur. Die Hochschule Liechtenstein ist seit dem Jahr 2011 Universität und gewährt als solche nur noch Personen mit gymnasialer Maturität Zugang.

An der FHS St.Gallen sind bereits Kompetenzen im Bereich Architektur und Technik vorhanden. Aber auch andere Hochschulen der FHO, namentlich die HSR und die HTW Chur, sind im Bau- und Planungsbereich tätig. Erste Abklärungen haben ergeben, dass seitens der FHO Interesse besteht, im Bereich Architektur aktiv zu werden. Es ist ein Anliegen der Regierung, die FHO als Ganzes zu stärken. Aufgrund dieser Ausgangslage nimmt die Regierung den Postulatsauftrag entgegen und ist bereit, die FHO einzuladen, Bericht darüber zu erstatten, wie ein solches Angebot einer Architekturausbildung aufgebaut werden könnte. Dabei sollen sowohl die innerhalb der FHO vorhandenen Angebote und Kompetenzen als auch regionale Arbeitsmarktbedürfnisse berücksichtigt werden.

Ein neues Angebot müsste die heute in diesem Bereich bestehenden Ausbildungen sinnvoll ergänzen. Das bedeutet, dass ein solcher Studiengang einerseits geografisch so positioniert sein müsste, dass der regional vorhandene Fachkräftemangel behoben werden kann. Andererseits müsste der Studiengang inhaltlich auf eine fundierte Ausbildung zu praxisbezogenen Bauprojektleiterinnen und -projektleitern fokussieren. Es muss angemerkt werden, dass das zusätzliche Angebot eines neuen Studiengangs voraussichtlich zu erhöhtem Raumbedarf und wahrscheinlich auch zu Mehrkosten führen wird, was vom Kanton St.Gallen wie auch von den Mitträgern im Rahmen des Staatsbeitrags zu finanzieren ist. Zudem ist eine übereinstimmende Willensäusserung aller Trägerkantone notwendig. Die Regierung ist jedoch bestrebt, ein neues Angebot der Architekturausbildung möglichst kostenneutral umzusetzen. Um dies zu realisieren, sollen auch vergleichbare Angebote der IBH berücksichtigt werden.